KW 38

Aus der Fraktion

Thorsten Schick (CDU) und Verena Schäffer (Grüne)

„Wir investieren dort, wo es am meisten zählt – in Bildung, Sicherheit und starke Kommunen“

Die Landesregierung hat am Mittwoch den Haushalt für 2026 in den Landtag eingebracht. Der Entwurf sieht für das kommende Jahr Ausgaben in Höhe von rund 112,2 Milliarden Euro vor. Ein besonderer Schwerpunkt bleibt auf Investitionen in Bildung, Sicherheit, starke Kommunen, eine widerstandsfähige Wirtschaft und das Klima. Dazu erklären die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von CDU und Grünen, **Thorsten Schick** und **Verena Schäffer**:

Thorsten Schick: „Bildung, Sicherheit und Gesundheit stehen weiterhin ganz oben auf der Agenda, ebenso wie Investitionen in Infrastruktur und Zukunftstechnologien. Trotz der angespannten wirtschaftlichen Lage setzt diese Koalition mit einer klaren Linie aus Investieren, Priorisieren und Konsolidieren deutliche Zeichen. Mit diesem Haushalt zeigen wir: Wir investieren dort, wo es am meisten zählt. An erster Stelle stehen unsere Kinder. Darum geben wir so viel Geld für Bildung aus wie noch nie. Mehr als jeder dritte Euro im Landeshaushalt fließt in Kitas, Schulen und Hochschulen. Ein Blick auf die Entwicklung zeigt, wie stark die Mittel gewachsen sind: Als das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) 2008 in Kraft trat, standen für die Kitas 875 Millionen Euro zur Verfügung. 2026 werden es sechs Milliarden Euro sein – noch einmal 370 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Auch das Personal ist deutlich verstärkt worden: So viele Fachkräfte wie heute gab es im Kita-System noch nie. 2026 stehen fast 760.000 Kita-Plätze bereit, 22,5 Prozent mehr als vor zehn Jahren. Und: Die letzten beiden Kita-Jahre bleiben beitragsfrei – anderslautende Behauptungen sind falsch. Auch an den Grundschulen geht es voran. 2026 überschreiten wir erstmals die Marke von einer halben Million Plätzen im Offenen Ganztag. Dafür stellen wir rund eine Milliarde Euro bereit. Und weil auch hier Falschmeldungen kursieren: Prüfungen im herkunftssprachlichen Unterricht ersetzen keine Klassenarbeiten im regulären Unterricht. Für unsere Hochschulen sieht der Haushalt 2026 zusätzlich rund 300 Millionen Euro vor. Damit geben dem wissenschaftlichen Nachwuchs mehr Perspektiven. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Sicherheit. Jedes Jahr beginnen 3000 neue Polizeianwärter ihre Ausbildung. Außerdem schaffen wir zusätzliche Stellen bei den Staatsanwaltschaften. So wächst die Handlungsfähigkeit von Polizei und Justiz.
Und auch unsere Kommunen stärken wir nachhaltig. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage gehen wir die Altschuldenlösung des Landes an. In den kommen-

den 30 Jahren summiert sich die Unterstützung auf 7,5 Milliarden Euro. Damit gewinnen die Städte und Gemeinden Planungssicherheit und mehr Spielraum, um vor Ort investieren zu können. Dieser Haushalt macht deutlich: wir reden nicht nur, wir handeln."

Verena Schäffer: „Als schwarz-grüne Koalition investieren wir in die Zukunft unseres Landes. 112 Milliarden Euro groß ist das Volumen des Haushalts 2026. Es ist ein starker Etat unter schwierigen Bedingungen. Wir handeln in Nordrhein-Westfalen – und unser Handeln macht den Unterschied: für Freiheit, Gerechtigkeit und Zusammenhalt.
Kinder und Jugendliche sind auch in diesem Haushalt unsere Priorität. Für Kitas, Schule und Hochschule sind für 2026 insgesamt über 43 Milliarden Euro vorgesehen – das sind 1,7 Milliarden Euro mehr als 2025. Wir wollen echte Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen, und deshalb ist das eine wichtige Investition in den Zusammenhalt und in unsere Zukunft.
Wir geben den überschuldeten Kommunen durch die Altschuldenlösung von heute auf morgen Spielräume zurück. Zudem bringen wir bringen das Gemeindefinanzierungsgesetz auf eine Rekordsumme von über 16 Milliarden Euro. Jeder dritte Euro aus dem Landeshaushalt geht an unsere Städte und Gemeinden. Dadurch können sie Kitas bauen, Freibäder erhalten oder sich mit mehr Grün in der Stadt vor Hitze schützen.
Und wir sorgen durch Investitionen in die Wohnraumförderung für mehr Wohnraum. Zudem steuern wir gegen die steigenden Mietpreise mit der Ausweitung des Mieterschutzes an – statt vorher in 18 profitieren nun die Menschen in 57 Städten. Denn Wohnen muss für alle bezahlbar sein.
NRW ist Industrieland – und soll es auch bleiben. Damit das gelingt, fördern wir Innovationen, gehen den Fachkräftemangel an und unterstützen den Aufbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur. Für die Zukunft des Industriestandorts NRW ist auch eine saubere und sichere Energieversorgung wichtig – und für den Klimaschutz sowieso. Deshalb treiben wir seit 2022 die Energiewende in NRW voran und haben uns an die Spitze der Genehmigungszahlen bei Windenergie bundesweit katapultiert. Denn eine klimaneutrale und bezahlbare Energieversorgung ist langfristig ein Standortvorteil. Wir machen NRW zur ersten klimaneutralen Industrieregion in Europa."

Christina Schulze Föcking (CDU) und Eileen Woestmann (Grüne) zur Aktuellen Stunde

„Opposition streut Falschbehauptungen und schürt Panik“

In einer Aktuellen Stunde hat sich der Landtag am Freitag mit der frühkindlichen Bildung in Nordrhein-Westfalen beschäftigt. Dazu erklären **Christina Schulze Föcking**, stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, und **Eileen Woestmann**, Sprecherin für Kinder und Familie der Grünen-Landtagsfraktion:

Christina Schulze Föcking: „Was wir heute in unsere Kinder investieren, entscheidet über die Zukunft unseres Landes. Frühkindliche Bildung ist eine unserer größten Aufgaben – deshalb geben wir Rekordsummen für sie aus.
Während die Opposition mit Falschbehauptungen und Panikmache nach parteipolitischen Geländegewinnen sucht, stabilisieren wir das System. Zwei Dinge bleiben unverändert: Die beiden Kita-Jahre in NRW sind und bleiben beitragsfrei. Und noch nie haben so viele Fachkräfte in unseren Kitas gearbeitet wie heute. Aber offensichtlich reicht das trotzdem nicht, weshalb wir grundsätzlich an das KiBiz heranmüssen. Und diese Novelle bereiten wir aktuell vor, im Dialog mit Kommunen, Kirchen und freien Trägern, für eine Betreuung, die Eltern und Kindern mehr Verlässlichkeit bietet.
Auch in den kommenden Jahren halten wir Kurs: 2025 fließen erneut rund 5,6 Milliarden Euro in die frühkindliche Bildung, 2026 steigt die Summe auf knapp 6 Milliarden Euro. Beim Platzausbau investieren wir ebenfalls Rekordsummen. Heute stehen rund 760.000 Plätze zur Verfügung – 22,5 Prozent mehr als vor zehn Jahren.
Wir haben die Trägeranteile reduziert und den Landeszuschuss erhöht – kein Bundesland trägt einen größeren Anteil als Nordrhein-Westfalen.
Und wir gehen weiter: Wir sichern die Sprach-Kitas und das Kita-Helfer-Programm ab und unterstützen damit unsere Fachkräfte. Denn frühkindliche Bildung braucht nicht nur Geld, sondern auch Menschen, die jeden Tag Verantwortung übernehmen. Wir sind den Betreuerinnen und Betreuern dankbar, die jeden Tag ihr Bestes geben, um unsere Kinder auf ihrem Weg in die Zukunft zu begleiten. Wir stehen für Qualität, Verlässlichkeit, Stabilität und Beitragsfreiheit – für die Familien in unserem Land und für die Zukunft Nordrhein-Westfalens.“

Eileen Woestmann: „Mit einem neuen Kinderbildungsgesetz wollen wir Verlässlichkeit und Stabilität mit hoher Qualität in der frühkindlichen Bildung und Chancengerechtigkeit vereinen. Wir begrüßen die Bemühungen der Landesregierung, in NRW als erstem Flächenland einen Sozialindex für Kitas einzuführen. Denn damit wird Chancengerechtigkeit gerade dort gefördert, wo der Bedarf von Kindern und Familien am höchsten ist. Es entspricht der Aufgabe und dem Stil einer modernen Landesregierung, eine Reform gemeinsam mit den beteiligten Akteuren zu beraten. Der Landtag wird selbstverständlich eingebunden werden, wenn der Prozess diesen Punkt erreicht hat. Auch wenn so viele Fachkräfte wie noch nie im System der frühkindlichen

Bildung arbeiten, bleibt die größte Herausforderung in den Kitas der Fachkräftemangel. Der seit Jahrzehnten aufgelaufene Personalmangel lässt sich nicht von heute auf morgen lösen. Daher ist es ein zentrales Anliegen, dass ein neues KiBiz die Ausbildung dezidiert stärken wird. NRW ist aber bereits aktiv geworden und fördert den Quereinstieg sowie die praxisintegrierte Ausbildung, erkennt ausländische Abschlüsse schneller an und hat mit einer neuen Personalverordnung die Möglichkeit für den flexibleren Personaleinsatz gestaltet. Statt von Geheimplänen zu schwadronieren, sollte die Opposition das Geheimnis lüften, wie man trotz klarer Richtigstellung und eigener Regierungserfahrung weiter versuchen kann, falsche Behauptungen zu verbreiten und mit reißerischen Vorwürfen Ängste zu schüren. Es bleibt in NRW bei den beiden beitragsfreien Kita-Jahren – unabhängig von der gebuchten Betreuungszeit."

Oliver Krauß und Ina Besche-Krastl

„Wir verbessern die Ausbildung und Arbeitsbedingungen für Berufskraftfahrerinnen und -fahrer"

Fachkräfte im Bereich Transport und Logistik sowie im Personenverkehr leisten in Nordrhein-Westfalen einen essenziellen Beitrag für eine funktionierende Wirtschaft und einen attraktiven Nahverkehr. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, haben die Fraktionen von CDU und Grünen am Donnerstag den Antrag „Mehr Fachkräfte für die Transportbranche – Ausbildung und Arbeitsbedingungen für Fahrpersonal verbessern" in den Landtag eingebracht. Dazu erklären Oliver Krauß, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, und Ina Besche-Krastl, Sprecherin für Schienenverkehr der Grünen Landtagsfraktion:

Oliver Krauß: „Regale befüllen, Unternehmen beliefern und Menschen zuverlässig an ihr Ziel bringen: Ohne Berufskraftfahrerinnen und -fahrer steht das Land still. Angesichts des Fachkräftemangels und der zunehmenden Belastungen in der Branche gibt es dringenden Handlungsbedarf. Für attraktive Ausbildungs- und bessere Arbeitsbedingungen müssen die EU, der Bund, die Länder, die Kommunen und Unternehmen eng zusammenarbeiten. Die neuen Lkw-Parkplätze an der A1 bei Schwerte oder am Duisport zeigen, was möglich ist, wenn die Beteiligten kooperieren. Konkrete Projekte brauchen bestmögliche Rahmenbedingungen. Der Bund hat sich im Koalitionsvertrag eine Reform der Berufskraftfahrerqualifikation vorgenommen. Diese ist auf dem Weg und sollte zeitnah umgesetzt werden. Unser Antrag steht im Dienst der Versorgungssicherheit und der Konkurrenzfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts. Er drückt die hohe Wertschätzung, den Respekt und die Dankbarkeit für eine unverzichtbare Arbeit aus – und ganz besonders für die Mitmenschen, die sie mit großem Einsatz erbringen."

Ina Besche-Krastl: „Berufskraftfahrerinnen und -fahrer sind unverzichtbares Rückgrat für unsere Versorgung und Lieferketten, aber auch für unsere Mobilität. Um diese wichtigen Aufgaben auch zukünftig erfüllen zu können, müssen die Arbeitsbedingungen in diesem herausfordernden Berufsfeld verbessert werden. Dafür wollen wir als schwarz-grüne Koalition das Berufsbild attraktiver machen, die Fachkräftegewinnung stärken und die Sicherheit im Straßenverkehr für alle verbessern. Dazu gehört beispielsweise, die Anerkennung ausländischer Fahrerlaubnisse auszuweiten und mehr und besser ausgestattete Abstellmöglichkeiten für Lkw zu schaffen."

Gemeinsame Presseerklärung der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Yvonne Hellmann wird neues stellvertretendes Mitglied des Verfassungsgerichtshofs

An diesem Donnerstag haben die demokratischen Fraktionen im Landtag von Nordrhein-Westfalen Yvonne Hellmann als neues stellvertretendes Mitglied des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen gewählt. Dazu erklären die Fraktionsvorsitzenden **Thorsten Schick** (CDU), **Jochen Ott** (SPD), **Wibke Brems** und **Verena Schäffer** (Grüne) sowie **Henning Höne** (FDP):

„Der Verfassungsgerichtshof ist mehr als nur ein Gericht – er ist das Gewissen unserer Demokratie und der Hüter unserer Verfassung. Er achtet darauf, dass die Freiheit des Einzelnen gewahrt bleibt und dass die Verfassung nicht ein Stück Papier bleibt, sondern lebendige Grundlage unseres Zusammenlebens. Damit bewahrt er das Fundament des Rechtsstaates und stärkt das Vertrauen der Menschen in die Demokratie. Wir freuen uns, dass mit Yvonne Hellmann jetzt eine profilierte Richterin stellvertretendes Mitglied des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen wird. Sie ist damit persönliche Stellvertreterin für Dr. Claudio Nedden-Boeger. Wir wünschen Frau Hellmann für die Ausübung ihres neuen Amtes alles Gute."

Hintergrund:
Yvonne Hellmann ist Richterin am Bundesverwaltungsgericht und Lehrbeauftragte der Universität Bielefeld. Seit diesem Jahr ist die 50-Jährige Mitherausgeberin des Kommentars zum Gesetz über den Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen. Die Neuwahl wurde notwendig, weil Prof. Dr. Christoph Gusy als stellvertretendes Mitglied am 14. Juli 2025 aus seinem Amt ausgeschieden ist. Wie alle Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter ist Yvonne Hellmann auf die Dauer von zehn Jahren gewählt

Aus der Landesregierung

Vier Millionen Euro für Kunst und Kultur in kommunalen Museen

Kulturministerium fördert Ausstellungen, Ankäufe, Restaurierungen, Provenienzforschung und Kunstvereine

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft teilt mit:

Die Kunstmuseen in Nordrhein-Westfalen sind lebendige Schaufenster großartiger Kulturschätze. Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen unterstützt die Kunstmuseen bei Ausstellungsprojekten, Ankäufen sowie Restaurierungsvorhaben und fördert auch die Kunstvereine. Zudem geht das stark nachgefragte neue Förderprogramm Provenienzen NRW im Jahr 2025 in seine zweite Runde. Insgesamt stärkt das Kulturministerium im Jahr 2025 so mit mehr als vier Millionen Euro die Bildende Kunst im Land.

Kulturministerin Ina Brandes: „Sammeln, bewahren, erforschen und vermitteln – das sind die Kernaufgaben unserer Museen. Mit der Unterstützung bei außergewöhnlichen Ausstellungsvorhaben, Restaurierungen und Ankäufen sowie der Förderung der Provenienzforschung stärken wir unsere Museen als Schatzkammern unseres kulturellen Erbes und machen sie noch attraktiver – auch für Menschen, die noch nicht zum Stammpublikum unserer Museen zählen.“

Ausstellungen
Insgesamt 36 Ausstellungsprojekte von überwiegend kommunalen Kunstmuseen fördert das Land Nordrhein-Westfalen mit mehr als zwei Millionen Euro; 19 der Projekte werden dabei bis ins kommende Jahr hinein der Öffentlichkeit präsentiert. Die Bandbreite reicht von Ausstellungen der Kunst der Moderne wie etwa „In aller Freundschaft! Heinrich Campendonk: Ein blauer Reiter im Deutschen Werkbund“ im Gustav-Lübcke-Museum Hamm über die im Lehmbruck Museum in Duisburg gezeigte Schau zu Jean Tinguely und Eva Aeppli bis hin zu „Light-Land-Scapes“, einem Projekt des Zentrums für internationale Lichtkunst in Unna. Das Josef Albers Museum Quadrat in Bottrop widmet ab September dem amerikanischen Land Art-Künstler Robert Smithson eine umfangreiche Einzelausstellung mit Werken, die in den 1960er-Jahren unter anderem im Ruhrgebiet entstanden. Auch das Kölner Museum Ludwig blickt mit seiner Ausstellung „5 Freunde“ ab Oktober nach Amerika: Das gemeinsam mit dem Museum Brandhorst in München konzipierte Projekt gilt John Cage, Merce Cunningham, Jasper Johns, Robert Rauschenberg und Cy Twombly. Mit William

Kentridge zeigt das Museum Folkwang in Essen seit September einen der einflussreichsten und wichtigsten zeitgenössischen Künstler des afrikanischen Kontinents. Von November bis März des kommenden Jahres präsentiert das Kaiser Wilhelm Museum in Krefeld die erste große Retrospektive von Charlotte Perriand (1903-1999) in Deutschland. Die französische Architektin und Designerin gilt als eine der einflussreichsten Persönlichkeiten aus dem Umfeld Le Corbusiers und prägte maßgeblich das moderne Wohnen. Mit dieser Ausstellung stärkt das Museum seinen Schwerpunkt der Verbindung von Bildender und Angewandter Kunst.

Ankäufe
Zehn Kunstmuseen profitieren in diesem Jahr von der Ankaufsförderung des Landes Nordrhein-Westfalen. Insgesamt wurden Fördermittel in Höhe von rund 725.000 Euro vergeben. Dabei werden mit Hilfe der Neuerwerbungen Sammlungslücken geschlossen, neue Schwerpunkte gesetzt oder das Sammlungsprofil der Häuser gestärkt. So konnte das Museum Kurhaus Kleve ein Madonnen-Diptychon der zeitgenössischen Künstlerin Karin Kneffel erwerben. Die Kunsthalle Bielefeld erstand mit Unterstützung des Landes die Arbeit „Bunny Hex“ von Charline van Heyl aus dem Jahr 2020 und damit ein Hauptwerk dieser bisher in deutschen Museumssammlungen kaum vertretenen Künstlerin. Das Kunstmuseum Gelsenkirchen verstärkt mit der Plastik „Sonic Stone Dance“ von Haegue Yang seinen bedeutsamen Schwerpunkt kinetischer Kunst.

Restaurierungsprogramm
18 Restaurierungsprojekte erhalten im diesjährigen Förderzyklus Mittel vom Land Nordrhein-Westfalen. Insgesamt wurden mehr als 550.000 Euro an Museen vergeben, um sie bei dem Erhalt ihrer umfangreichen Sammlungsbestände zu unterstützen. Zu den von der Jury für eine Förderung ausgewählten Kunstwerken und Kunstobjekten gehören etwa das Gemälde „Familientriptychon“ von Franz M. Jansen aus dem Jahr 1908, das sich im Eigentum der Krefelder Kunstmuseen befindet, die kinetische Plastik „Chromointefèrence Mechanique“ von Carlos Cruz-Diez aus dem Kunstmuseum Gelsenkirchen sowie sechs Textilien aus Sumatra vom Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts, die zur Sammlung des Von der Heydt-Museums in Wuppertal gehören.

Seit 18 Jahren setzt sich das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mit der Restaurierungsförderung für die Museen des Landes ein. Über 300 Projekte konnten bereits von erfahrenen Restauratorinnen und Restauratoren umgesetzt werden. Mehr als 60 Museen und Sammlung haben so bisher von diesem bundesweit einzigartigen Förderprogramm profitiert.

Kunstvereine
Anders als die zumeist von den Kommunen getragenen Kunstmuseen sind Kunstvereine mehrheitlich gemeinnützige Einrichtungen, die vom ehrenamtlichen Engagement leben. Mit ihren Ausstellungen unterstützen sie in besonderer Weise Nachwuchskünstlerinnen und -künstler und leisten Vermittlungsarbeit. Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen stellt in der aktuellen Förderrunde 450.000 Euro zur Verfügung, um besondere Ausstellungsprojekte oder Maßnahmen zur Profil- und Programmförderung zu unterstützen.

Der in Düsseldorf beheimatete Kunstverein für die Rheinlande und Westfalen zeigt in diesem Jahr die erste institutionelle Einzelausstellung des amerikanischen Künstlers Samuel Hindolo in Deutschland. Auch der Kunstverein Siegen präsentiert mit Werken von Yoel Pytowski erstmals eine Ausstellung dieses israelisch-französischen Künstlers hierzulande. Der Westfälische Kunstverein Münster erhält eine Förderung zur Entwicklung einer neuen Corporate Identity, um besser auf die Anforderungen der Digitalisierung und modernen Kommunikation eingehen zu können.

Provenienzen NRW
Im Jahr 2025 geht das Förderprogramm Provenienzen NRW in die zweite Runde. Auch in diesem Jahr können Institutionen wie Museen, Archive und Bibliotheken mit Hilfe des Landesförderprogramms Projekte der Herkunftsforschung umsetzen. Mit einem Fördervolumen von insgesamt knapp 315.000 Euro werden Projekte in 18 Einrichtungen unterstützt.

Unter den geförderten Projekten erhalten beispielsweise die Kunsthalle Recklinghausen und das LWL-Freilichtmuseum Detmold Fördermittel. Museen wie das Osthaus Museum Hagen oder die Universitäts- und Stadtbibliothek Köln erhalten finanzielle Unterstützung, um systematische Bestandsprüfungen über eine Projektförderung beim Deutschen Zentrum Kulturgutverluste (DZK) beantragen zu können. Darüber hinaus werden Projekte wie die Digitalisierung der Tagebücher zu den Ostasien-Reisen von Adolf und Frieda Fischer aus dem Museum für Ostasiatische Kunst in Köln unterstützt, die insgesamt Quellen und Ergebnisse der Provenienzforschung sichtbar machen.

Grundstücksmarktbericht Nordrhein-Westfalen 2025: Der Markt erholt sich wieder

Das Ministerium des Innern teilt mit:

Im vergangenen Jahr wurden wieder mehr Immobilien und Grundstücke gekauft. Das geht aus dem jetzt veröffentlichten Grundstücksmarktbericht des Oberen Gutachterausschusses für das Jahr 2024 hervor. Demnach wurden in Nordrhein-Westfalen 113.144 Kaufverträge über bebaute und unbebaute Grundstücke sowie Wohnungs- und Teileigentum mit einem Geldumsatz von 40,72 Milliarden Euro und einem Flächenumsatz von 156,02 Quadratkilometer abgeschlossen. Dies sind circa 15.000 Kaufverträge mehr als im Vorjahr (+ 13 Prozent). Auch der Geldumsatz stieg gegenüber 2023 um circa 5,58 Milliarden Euro an (+ 16 Prozent).

Die Anzahl der Kaufverträge und der Geldumsatz nahmen in fast allen Teilmärkten durchweg stark zu. Eine Ausnahme stellen hier die Anzahl der Kaufverträge für Baugrundstücke im Gewerbe und Industrie sowie der Geldumsatz im Bereich der Baugrundstücke für den Geschosswohnungsbau dar. Die Preise fielen bei den bebauten Grundstücken leicht. Die Preise für die unbebauten Baugrundstücke für den Geschosswohnungsbau sowie für Wohnungseigentum blieben konstant. Unbebaute Baugrundstücke für den individuellen Wohnungsbau sowie für Gewerbe und Industrie erfuhren im Berichtsjahr eine Preissteigerung.

Die Anzahl der Kaufverträge für unbebaute Baugrundstücke nahm um 13 Prozent zu, der Geldumsatz erhöhte sich um sieben Prozent. Insbesondere der Geldumsatz bei Baugrundstücken für den individuellen Wohnungsbau wuchs an (+ 19 Prozent). Die Preisentwicklung war regional unterschiedlich (Bandbreite: - neun Prozent bis + fünf Prozent), blieb im landesweiten Schnitt jedoch unverändert. Die Preise von unbebauten Baugrundstücken für Gewerbe und Industrie sind nochmals leicht um vier Prozent gestiegen. Die Preise für den Geschosswohnungsbau blieben im Berichtsjahr konstant.

Erneut war ein leichter Preisanstieg in den Kreisen bei den landwirtschaftlichen Grundstücken (+ zwei Prozent) zu verzeichnen. Bei den forstwirtschaftlichen Grundstücken sind die Preise in den Kreisen unverändert geblieben.

Die Anzahl der Kaufverträge bei den bebauten Grundstücken ist insgesamt um 14 Prozent gestiegen, der Geldumsatz um 16 Prozent. Bei Ein- und Zweifamilienhäusern nahm er landesweit um 17 Prozent zu, während die Preise durchschnittlich um ein Prozent gesunken sind.

Die Anzahl der verkauften Eigentumswohnungen in Nordrhein-Westfalen erfuhr im Berichtsjahr eine Steigerung von + 16 Prozent, der Geldumsatz wuchs um 20 Prozent und die Preise verteuerten sich landesweit um ein Prozent.

Die höchsten Baulandpreise für individuellen Wohnungsbau in mittleren Wohnlagen werden in Düsseldorf mit 1.050 Euro/qm erzielt. Bodenpreise ab 650 Euro/qm finden sich in sechs weiteren Städten, hauptsächlich in der Rheinschiene. Dagegen kann in einzelnen rein ländlich strukturierten Gebieten, wie z.B. in der Eifel oder in der Region Sauer- und Siegerland oder Ostwestfalen/Lippe, der Quadratmeter erschlossenes Bauland in mittleren Wohnlagen noch für einen Preis von unter 50 Euro erworben werden.

Beim Wohnungseigentum (Erstverkauf in mittlerer Lage) wurden die höchsten Preise in Düsseldorf mit rund 7.350 Euro/qm, in Köln mit 6.740 Euro/qm, in Pulheim mit 6.640 Euro/qm und in Hürth mit durchschnittlich 6.200 Euro für einen Quadratmeter Wohnfläche gezahlt.

Diese und andere Daten sind dem Grundstücksmarktbericht Nordrhein-Westfalen 2025 (Berichtszeitraum 01.01.2024 bis 31.12.2024) zu entnehmen, der jährlich vom Oberen Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Land Nordrhein-Westfalen erstellt wird und das Ergebnis der Auswertung des Datenmaterials der örtlichen Gutachterausschüsse enthält. Er informiert umfassend und aktuell über Umsätze, Preise und Preisentwicklungen auf allen Grundstücksteilmärkten in Nordrhein-Westfalen. Der Grundstücksmarktbericht Nordrhein-Westfalen sowie die dem Bericht zugrundeliegenden Grundstücksmarktdaten können unter www.boris.nrw.de kostenlos heruntergeladen werden.

Nordrhein-Westfalen setzt neuen Standard in der Verwaltungsausbildung

Bürgerschaftliches Engagement als neues Lehrziel in landesweite Verwaltungsstudiengänge aufgenommen

Die Staatskanzlei teilt mit:

Ab dem Studienjahr 2025/2026 wird bürgerschaftliches Engagement als fester Bestandteil in das Curriculum der Verwaltungsstudiengänge der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (HSPV NRW) aufgenommen. Nordrhein-Westfalen setzt damit einen neuen Standard, indem es als erstes Bundesland dieses Thema in den Lehrplan einer Verwaltungshochschule integriert.

„Engagierte sind von unschätzbarem Wert, da sie durch ihren Einsatz und ihre Initiativen das soziale Miteinander stärken und in vielen Bereichen, wie Bildung, Gesundheit oder Umweltschutz, entscheidend zur Lebensqualität in unserer Gemeinschaft beitragen. Es ist deshalb wichtig, künftige Verwaltungsbeschäftigte frühzeitig für die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements, die Bedarfe Engagierter und für Gelingensfaktoren guter Zusammenarbeit zu sensibilisieren“, erklärt Andrea Milz, Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt.

Die Initiative für diese Neuerung war vom Kommunen-Netzwerk: engagiert in Nordrhein-Westfalen ausgegangen – einem Netzwerk zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements mit über 120 nordrhein-westfälischen Kommunen. Das Netzwerk wurde im Rahmen dieser Initiative von Beginn an und kontinuierlich dabei durch die Staatskanzlei unterstützt.

„Wir haben die Anregung als Chance gesehen, den Themen Engagement und Bürgerbeteiligung künftig mehr Raum in der Lehre zu geben und damit auch auf gesellschaftliche Entwicklungen angemessen zu reagieren“, sagt Prof. Dr. Andrea Walter, die zuständige Landesfachkoordinatorin für Politikwissenschaft und Governance an der HSPV NRW.

Jährlich werden etwa 2.000 Studierende im Bachelor- und Masterstudium durch das neue Lehrziel erreicht. Der Großteil der Bachelorstudierenden im kommunalen und staatlichen Verwaltungsdienst sowie der Verwaltungsinformatik wird nach Studienabschluss in Gemeindeverwaltungen und bei Bezirksregierungen tätig. Viele Studierende, die den Master of Public Management berufsbegleitend absolvieren, arbeiten in Kommunalverwaltungen und Landesministerien in Nordrhein-Westfalen.

Die HSPV NRW, mit rund 14.000 Studierenden die größte Verwaltungshochschule Deutschlands, feiert im nächsten Jahr ihr 50-jähriges Bestehen und setzt mit dieser Neuerung ein bedeutendes Zeichen für die Zukunft der Verwaltungsausbildung.

Die Aufnahme von bürgerschaftlichem Engagement als fester Bestandteil in das Curriculum in der HSPV NRW ist ein weiterer Baustein zur Umsetzung der Engagementstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen und unterstützt öffentliche Verwaltungen bei der Umsetzung der Empfehlungen. Hier finden Sie weitere Informationen zur Engagementstrategie: https://www.engagiert-in-nrw.de/engagementstrategie.

Land präsentiert auf der Rehacare 2025 Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderung oder Pflegebedarf

Minister Laumann: Inklusion am Arbeitsmarkt ist Chance zur Fachkräftesicherung

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales teilt mit:

Vom 17. bis 20. September 2025 ist die Landesregierung auf der Rehacare, der führenden Messe für Rehabilitation und Pflege in Düsseldorf, mit einem eigenen Landesstand vertreten (Halle 6, E16). Ein Schwerpunkt des Informationsangebots sind praxisnahe Beispiele zur barrierefreien Arbeitsplatzgestaltung. Zudem stehen Expertinnen und Experten für Fragen zur Inklusion in das Arbeitsleben, zur Barrierefreiheit und zu Unterstützungsangeboten bei Pflegebedürftigkeit zur Verfügung.

Arbeits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann: „Teilhabe am Arbeitsleben ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben – das gilt auch für Menschen mit Beeinträchtigungen. Wer sein eigenes Geld verdient, kann damit das tun, was ihm wichtig ist und sein Leben gestalten. Zudem werden in Zeiten des Arbeitskräftemangels an vielen Stellen Menschen gebraucht, die eine gute Ausbildung haben und vom Fach sind. Gleichzeitig suchen viele qualifizierte Menschen mit Behinderung den Weg in den regulären Arbeitsmarkt. Inklusion am Arbeitsmarkt bedeutet daher auch, Potenziale und Chancen zur Fachkräftesicherung zu nutzen. Auf dem Landesstand zeigen wir, welche Unterstützungsangebote Nordrhein-Westfalen dafür zur Verfügung stellt. Als Publikumsmesse ist die Rehacare eine gute Gelegenheit, sich darüber zu informieren, wie Barrierefreiheit gelingt.“

Am Landesstand können Besucherinnen und Besucher beispielsweise ausprobieren, wie sich ein Computerarbeitsplatz mit digitalen Hilfsmitteln steuern lässt. Per Virtual Reality-Brille wird gezeigt, wie Wohnungen nach einem altersgerechten Umbau aussehen. Das Team des Internetportals „Pflegewegweiser NRW“ erklärt, wie Informationen und Beratungsangebote leicht zu finden sind. Auch viele weitere Angebote zum inklusiven Leben in Nordrhein-Westfalen werden auf dem Landesstand präsentiert. So etwa zur Barrierefreiheit im Öffentlichen Nahverkehr, auf Wanderwegen in der Natur, im Schulleben oder bei der Gesundheitsversorgung. Das breitgefächerte Angebot am Landesstand mit insgesamt 15 Thementischen wird durch ein informatives Mitmach-Programm abgerundet.

Forschungsvolontariate an Kunstmuseen starten in die dritte Runde

Land fördert 27 Projekte mit zwei Millionen Euro / Bundesweit einzigartiges Programm verbindet Kunst und Wissenschaft

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft teilt mit:

27 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler starten ab Januar 2026 ihr Forschungsvolontariat in einem Kunstmuseum in Nordrhein-Westfalen: Das Land stellt zwei Millionen Euro für den nunmehr dritten Jahrgang des bundesweit einzigartigen Ausbildungsprogramms „Forschungsvolontariat Kunstmuseen NRW“ zur Verfügung. Das Programm wurde 2020 aufgelegt, seither konnten 51 Projekte an der Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis abgeschlossen werden. Die ersten beiden Ausbildungsjahrgänge hat das Land mit insgesamt rund 4 Millionen Euro gefördert.

Kulturministerin Ina Brandes: „Bundesweit einzigartig ist die Ausbildung an der Schnittstelle zwischen Praxis und Wissenschaft in einer tollen Zusammenarbeit von Museen, Hochschulen und der Koordinierungsstelle an der Heinrich-Heine-Universität. Unsere Volontärinnen und Volontäre machen mit ihren Projekten die vielen tollen Museen in Nordrhein-Westfalen noch zugänglicher und vielfältiger! Ich freue mich sehr auf die neuen Projekte in den kommenden beiden Jahren!“

Die Forschungsvolontärinnen und -volontäre widmen sich in ihrer zweijährigen Ausbildung entweder einem spezifischen Projekt in der Sammlungsforschung oder einer Forschungsfrage aus dem Bereich „Bildung und Vermittlung (Teilhabe, Diversität und Inklusion)“.

Bei der Sammlungsforschung kann es darum gehen, Provenienzen zu erforschen, sich mit der Institutionsgeschichte zu befassen oder Vor- und Nachlässe zu erschließen. Zu den Ergebnissen bisheriger Projekte zählt die Sonderschau „Künstlerinnen! Von Monjé bis Münter“, die ab Ende September im Museum Kunstpalast Düsseldorf zu sehen ist. Im zweiten Schwerpunkt Bildung und Vermittlung können barrierefreie Vermittlungskonzepte entwickelt werden oder Angebote zur Mitgestaltung, die sich an Kinder und Jugendliche oder Menschen mit Sinnesbehinderungen richten. Im LVR-Landesmuseum Bonn ist etwa ein „Museum der Zukunft“ entstanden, das mit analogen und digitalen Tools zum Mitmachen anregt.

Die Volontärinnen und Volontäre arbeiten in ihren Projekten mit Hochschulen und anderen Forschungsinstitutionen zusammen. Koordiniert wird das Programm durch das Institut für Kunstgeschichte der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, das unter der

wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Ulli Seegers ein Begleitprogramm mit Workshops und Kolloquien anbietet.

Die Fachjury hat im aktuellen Förderzyklus in 26 Museen in ganz Nordrhein-Westfalen 20 Projekte in der Sammlungsforschung und sieben Projekte im Bereich „Bildung und Vermittlung“ ausgewählt. Erstmals mit dabei sind das Ruhr Museum und das Museum Folkwang in Essen, das Museum Schloss Rheydt in Mönchengladbach, das Otto Pankok Museum in Hünxe, das August Macke Haus in Bonn und das LWL-Museum für Kunst und Kultur in Münster.

Umweltzustandsbericht: Saubere Luft und erfolgreicher Artenschutz – Nordrhein-Westfalen steht dennoch vor großen ökologischen Herausforderungen

Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr teilt mit:

Nordrhein-Westfalen hat beim Umweltschutz wichtige Fortschritte erzielt: Die Luft ist heute so sauber wie seit Generationen nicht mehr. Grenzwerte für Stickstoffdioxid und Feinstäube werden an allen Messstellen im Land eingehalten und auch die Treibhausgasemissionen sind zuletzt deutlich gesunken. Beim Artenschutz zeigen sich Erfolge durch die Rückkehr einst ausgestorbener Arten wie dem Seeadler, dem Lachs oder Fischotter, die sich durch gezielte Schutzprogramme, verbesserte Lebensräume und das Engagement vieler Ehrenamtlicher wieder ansiedeln. Diese positiven Trends zeigen, dass entschlossenes Handeln wirkt.

Doch der neue Umweltzustandsbericht für den Zeitraum 2020 bis 2024 macht auch deutlich: In anderen Bereichen stellen globale Entwicklungen die Länder vor zunehmende Herausforderungen. Die biologische Vielfalt nimmt weiter ab, der Flächenverbrauch ist nach wie vor hoch und Ewigkeitschemikalien belasten die Gewässer und Böden. Fachleute ordnen diese Belastungen in das Konzept der „planetaren Grenzen“ ein. Es beschreibt die ökologischen Leitplanken, innerhalb derer die Menschheit sicher leben kann. Sechs von neun dieser Grenzen sind inzwischen überschritten – mit Folgen auch für Nordrhein-Westfalen.

„Deshalb schreiben wir gerade die Biodiversitätsstrategie für Nordrhein-Westfalen in einem Konsultationsprozess fort, den es so in dieser Breite noch nicht gegeben hat. Der Handlungsdruck steigt, wir müssen der Klima- und Biodiversitätskrise auf vielen

Feldern begegnen. Dafür liefert dieser Bericht eine Grundlage. Er zeigt, wo wir erfolgreich sind und wo wir noch stärker nachsteuern müssen“, sagt Oliver Krischer, Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr.

Nordrhein-Westfalen reagiert auf die Klimakrise mit ihren negativen Folgen im Vergleich zu anderen Bundesländern überdurchschnittlich engagiert im Nachhaltigkeitsrating. In Bereichen wie Umwelt, Klimaschutz und Biodiversität zeichnet sich das Land durch gute Noten aus und nimmt in der Klimaanpassung bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Die hohe Bevölkerungsdichte und die große Anzahl an Menschen, die von Umweltauswirkungen betroffen sind, stellen dabei eine besondere Herausforderung dar.

Hintergrund: Der Umweltzustandsbericht
Der Umweltzustandsbericht Nordrhein-Westfalen wird nach dem Umweltinformationsgesetz Nordrhein-Westfalen in regelmäßigen Abständen vorgelegt. Er bündelt die zentralen Daten und Fakten aus den Mess- und Monitoring-Programmen des Landes sowie aus Forschungsarbeiten zu Luft, Wasser, Boden, Artenvielfalt, Klima und Ressourcen. Ziel ist es, den aktuellen Zustand der Umwelt umfassend darzustellen, Entwicklungen sichtbar zu machen und die Grundlage für politische Entscheidungen zu liefern. Der aktuelle Bericht betrachtet die Jahre 2020 bis 2024.

Klimawandel und Energie
Die durchschnittliche Jahresmitteltemperatur der vergangenen 30 Jahre ist in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum 30-Jahres-Durchschnitt zu Beginn der Aufzeichnungen um 1,7 Grad auf 10,1 Grad Celsius gestiegen. 2024 wurde mit 11,3 Grad Celsius ein neuer Rekord für das Jahresmittel in Nordrhein-Westfalen gemessen. Heiße Tage mit einer Höchsttemperatur über 30 Grad Celsius haben sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts (1891 bis 1920) verdoppelt – von vier auf acht Tage. Die Zahl der Eistage mit einer Höchsttemperatur unter 0 Grad Celsius ging dagegen deutlich zurück – von 17 auf 11 Tage. Beim Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen zeigt sich indes eine positive Entwicklung in Nordrhein-Westfalen: Die Emissionen sind zuletzt stark gesunken – von 218 Millionen Tonnen 2022 auf 187,5 Millionen Tonnen 2023. Das liegt vor allem an Emissionsminderungen in den Sektoren Energiewirtschaft von 26 Prozent und Industrie von 5,9 Prozent, aber auch Haushalte und Kleinverbraucher reduzierten die Emissionen um 7,5 Prozent.

Luft und Lärm
2024 wurden landesweit an allen Probenahmestellen die Grenzwerte für Stickstoffdioxid und Feinstaub eingehalten. Smog-Alarme wie in den 1970er und 1980er-Jahren gehören damit endgültig der Vergangenheit an. Belastend bleibt dagegen der Lärm: Rund 2,3 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen sind nachts potenziell gesundheitsschädlichen Geräuschimmissionen ausgesetzt, vor allem in Ballungsräumen.

Boden, Flächen und Grundwasser
Der Flächenverbrauch in Nordrhein-Westfalen bleibt hoch. Zahlen von 2022 zeigen, dass pro Tag 5,6 Hektar für Siedlung und Verkehr verbraucht wurden. Seit 2016 sind so rund 125 Quadratkilometer genutzt worden – die 1,2-fache Fläche des Nationalparks Eifel. Früh hat das Land Nordrhein-Westfalen mit der Bearbeitung von sogenannten PFAS-Fällen (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) mit Boden- und Grundwasserverunreinigungen begonnen. Eine Vielzahl dieser Fälle wird bereits saniert. Zudem gibt es immissionsbedingte Belastungen in Böden, so dass PFAS ein großes Handlungsfeld bleibt.
Der Eintrag von Schwermetallen in Böden wurde erheblich vermindert, und die Nitratbelastung des Grundwassers ist in Teilen des Landes rückläufig.

Gewässer
In den vergangenen Jahren wurde schon viel in den Gewässerschutz investiert. Beispielsweise konnten die Nährstoffbelastungen deutlich verringert werden. Nichtsdestotrotz bleibt es eine große Herausforderung, die Gewässer in einen ökologisch intakten Zustand zu überführen. Es sind weiterhin Anstrengungen erforderlich, um das Ziel der europäischen Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen und bis 2027 für alle Fließgewässer einen guten ökologischen Zustand oder ein gutes ökologisches Potenzial zu erzielen. Von 2018 bis 2021 waren erst 9,4 Prozent der Fließgewässer in Nordrhein-Westfalen in einem guten ökologischen Zustand bzw. verzeichneten ein mindestens gutes Potenzial. Stickstoff- und Phosphateinträge durch Landwirtschaft und Abwässer belasten nach wie vor viele Gewässer. Zu viel Phosphateintrag kann zum „Umkippen“ von Gewässern führen. Zu viele Stickstoffverbindungen schaden den Ökosystemen und fördern so den Artenverlust und die Lachgasentwicklung. Auch jenseits von Phosphor und Nitrat sind viele Gewässer belastet. Nordrhein-Westfalen verfolgt zur Reduzierung des Mikroschadstoffeintrags seit langem umfassende Ansätze – von den Eintragsquellen bis hin zu nachgeschalteten Maßnahmen an Kläranlagen. So konnten in den vergangenen Jahren zum Stand 31.12. 25 Kläranlagen mit einer vierten Reinigungsstufe zur Reduzierung des Eintrags von Mikroschadstoffen ausgebaut und in Betrieb genommen werden. Weitere sind in Bau und Planung.

Natürlicher Klimaschutz
Intakte Ökosysteme sind unverzichtbare Klimaschützer. Wälder, Böden, Moore, Gewässer sowie naturnahe Grünflächen binden CO_2 aus der Atmosphäre und speichern es. Sie wirken zudem als natürliche Puffer gegen Klimafolgen, indem sie Hochwasser aufnehmen und bei Hitze für Abkühlung sorgen. Gleichzeitig sichern sie unsere Lebensgrundlagen, bieten Lebensräume für Tiere und Pflanzen und speichern Wasser.

Moore galten lange als wertlose Flächen – inzwischen ist ihre enorme Bedeutung anerkannt. Als Kohlenstoffsenke, wie auch Auenlandschaften, tragen sie entscheidend zum Klimaschutz bei, sie halten Wasser zurück, puffern Niederschlagsextreme ab und bieten wertvolle Lebensräume für hochspezialisierte Tier- und Pflanzenarten. Mit Hilfe von EU- und Bundes-Fördermitteln und den vom Land finanzierten Biologischen Stationen konnten bereits wichtige Moorflächen reaktiviert, etwa im Großen Torfmoor im Kreis Minden-Lübbecke, und Gewässerauen (z.B. der Lippeaue) renaturiert werden.

Zusätzlich wird das Regionalbüro Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK), das ab Oktober im Landesumweltamt seine Arbeit aufnimmt, für einen zusätzlichen Schub bei der Verbindung von Klimaschutz und Naturschutz sorgen.

Artenvielfalt
Erfolge gibt es bei Tierarten, deren Bestand sich durch gezielte Schutzprogramme wieder erholen kann, darunter sind etwa Lachse, Weißstörche, Wildkatzen, Feldhamster, Laubfrösche und Wiesenweihen zu nennen. Insgesamt aber nimmt die Artenvielfalt global weiter ab, auch ehemals häufige Arten geraten unter Druck. Der Indikator „Artenvielfalt und Landschaftsqualität“ zeigt einen negativen Trend in allen Lebensräumen – von Wäldern über Agrarland bis hin zu Siedlungen und Gewässern. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, schreibt Nordrhein-Westfalen die landesweite Biodiversitätsstrategie seit dieser Woche in einem neuen, frühzeitigen Konsultationsprozess fort.

Umweltbelastung und Lebensmittel
Gute Nachrichten sind im Bereich der Dioxin- und dioxinähnlichen PCB-Werte zu verzeichnen: Die Belastung von Rohmilch aus Nordrhein-Westfalen ist auf ein sehr niedriges Niveau gesunken. Alle aktuell gemessenen Konzentrationen liegen unter den EU-Höchstgehalten für Dioxine und dioxinähnliche PCB. Auch die radioaktiven Cäsium137-Belastungen in Milch- und Rindfleischproben sind so gering, dass sie kaum noch nachweisbar sind.

Befragung unter Fachkräften zum Bildungs- und Teilhabepaket – Land unterstützt die Inanspruchnahme der Leistungen für Familien

Das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration teilt mit:

Das Land Nordrhein-Westfalen setzt sich verstärkt dafür ein, dass die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes (BuT) bei den Menschen und Familien ankommen, die sie benötigen. Denn eine landesweite Online-Befragung unter 396 Fachkräften – darunter 258 aus Kommunalverwaltungen sowie zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus Kitas, Schulen, Jobcentern und weiteren Einrichtungen – hat jetzt gezeigt, dass viele Familien die Zuschüsse nicht in Anspruch nehmen. Sie liefert auch Hinweise, warum das so ist. Hier setzt das Land jetzt an.

Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes erhalten Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringem Einkommen finanzielle Unterstützung, um am sozialen und kulturellen Leben teilnehmen zu können. Es unterstützt z. B. bei Schulausflügen, Nachhilfe, Schulmaterial, Mittagessen und Freizeitaktivitäten wie Sport oder Musik.

Familienministerin Josefine Paul: „Armut stellt das größte Zukunftsrisiko für Kinder und Jugendliche dar. Wir müssen deshalb dafür Sorge tragen, dass alle jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen die Chance haben, ihre Potenziale zu entfalten und teilhaben zu können. Deshalb ist es so wichtig, dass die Mittel, die für die Stärkung der Teilhabe von armutsbetroffenen oder -bedrohten Kindern und Jugendlichen vorgesehen sind und ihnen ein gutes und gesundes Aufwachsen ermöglichen sollen, auch bei ihnen ankommen. Gemeinsam mit den örtlichen Akteuren ist es daher mein Ziel, die Inanspruchnahme der Bildungs- und Teilhabeleistungen weiter zu steigern.“

Im Rahmen eines Maßnahmenpakets zur Verbesserung der Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) hat das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration eine landesweite Online-Befragung zur BuT-Umsetzung durchgeführt, um die Datengrundlage zu stärken und gezielte Weiterentwicklungen auf kommunaler und Landesebene zu ermöglichen.

Das BuT wird aus Bundesmitteln finanziert und vor Ort von den Kommunen und Jobcentern umgesetzt. Allerdings bleiben jedes Jahr Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabe-Paket ungenutzt, obwohl sie Kindern bessere Chancen ermöglichen würden. Mit der Befragung hat das Land nun die Gründe dafür indetifiziert und einen ersten Schritt gemacht, um passgenaue Maßnahmen umzusetzen.

Ein Ergebnis der landesweiten Online-Befragung war, dass die größten Hürden für Familien oft sprachliche Barrieren, fehlende Informationen über die Leistungen und die teils aufwendige Antragstellung sind. Behörden nennen zudem unvollständige Anträge, fehlende Ressourcen und unzureichende Digitalisierung als zentrale Probleme. Außerdem macht die Befragung deutlich, dass es in vielen Kommunen bereits enge Kooperationsstrukturen, etwa mit Schulen, Kindertageseinrichtungen oder der Schulsozialarbeit gibt. Gleichzeitig zeigt sich beim digitalen Antragsverfahren erheblicher Nachholbedarf. Nur 20 Prozent der Kommunen bieten einen digitalen Antrag.

Um die Inanspruchnahme der BuT-Mittel in Nordrhein-Westfalen zu steigern, setzt das Ministerium jetzt gezielte Maßnahmen um:

- Maßnahmen zur Förderung der Digitalisierung, u.a. durch Infoveranstaltungen für Kommunen.
- Mehrsprachige Information und Beratung: Überarbeitete und mehrsprachige Materialien für Familien und Fachkräfte, u.a. auf dem Familienportal NRW und in Print
- Stärkung des interkommunalen Austauschs: Planung von praxisnahen Workshopformaten, Veröffentlichung von Praxisbeispielen.

Neues Servicehaus für Studierendenwerke an der Universität Köln

Land unterstützt Neubau mit rund 12 Millionen Euro

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft teilt mit:

Das Kölner Studierendenwerk hat sein neues Servicehaus feierlich eingeweiht. In dem Neubau werden zahlreiche Dienstleistungen des größten Studierendenwerks in Nordrhein-Westfalen erstmals unter einem Dach und somit einfacher zugänglich angeboten. Das neue Gebäude umfasst zudem moderne Büroräume für die Verwaltung des Studierendenwerkes, das in Köln mehr als 77.000 Studentinnen und Studenten unterstützt. Das Land hat den Neubau mit rund 12 Millionen Euro gefördert. Ina Brandes, Ministerin für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, besuchte die Eröffnungsfeier am Dienstag, 16. September 2025.

Wissenschaftsministerin Ina Brandes: „Mit dem neuen Servicehaus wird die Unterstützung für die Studierenden in Köln noch besser: Alles ist zentral an einem Ort gebündelt, Beratung und Hilfe können unkompliziert und schnell in Anspruch genommen werden. Das macht das Studium leichter und erfolgreicher. Außerdem erhalten die Mitarbeitenden des Studierendenwerkes eine hochmoderne Infrastruktur für ihre wichtige Arbeit. Das Kölner Studierendenwerk ist seit über 100 Jahren ein verlässlicher Partner für die Studierenden in vielen Fragen rund um ihre Ausbildung – und wird das auch in Zukunft sein!“

Matthias Anbuhl, Vorstandsvorsitzender Deutsches Studierendenwerk: „Das neue Verwaltungsgebäude des Kölner Studierendenwerks liegt im Herzen des Uni-Viertels. Es schafft kurze Wege und bringt alle zusammen: die Abteilungen, die Beschäftigten, die Studierenden. Möglich wurde das, weil Universität und Land Grundstücke

bereitgestellt haben, und weil das Kölner Studierendenwerk im Gegenzug selbst Verantwortung übernommen hat. Das ist gelebte Partnerschaft: Hochschule, Stadt und Studierendenwerk entwickeln gemeinsam einen Campus der Zukunft."

Jörg J. Schmitz, Geschäftsführer des Kölner Studierendenwerks: „Mit dem neuen Servicehaus verfügt das Kölner Studierendenwerk nun über eine zentrale Anlaufstelle für Studierende sowie ein modernes Arbeitsumfeld für unsere Mitarbeitenden. Das erfüllt uns mit Stolz und gibt uns Zuversicht im Hinblick auf kommende Herausforderungen. Unser besonderer Dank gilt dem Land Nordrhein-Westfalen für den bedeutenden Baukostenzuschuss sowie der Universität zu Köln für den Grundstückstausch – ohne diese Unterstützung wäre ein Servicehaus in so zentraler Lage nicht möglich gewesen."

Das Studierendenwerk Köln unterstützt die Studierenden der Universität zu Köln, der Deutschen Sporthochschule Köln, Technischen Hochschule Köln, der Hochschule für Musik und Tanz Köln, der Kunsthochschule für Medien und der Kölner Abteilung der Katholischen Hochschule NRW. Es hat rund 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, betreibt Mensen und Bistros, Wohnheime, Kindertagesstätten und bietet unter anderem Finanz-Beratung, psychologische Beratung, Sozialberatung und Lernberatung an. Bislang gab es sieben Standorte für die verschiedenen Service-Anlaufstellen, die nun im neuen, sechsgeschossigen Servicehaus mit rund 3.650 Quadratmeter Nutzfläche zusammengefasst werden. Der Neubau liegt in der Kölner Südstadt direkt im Uni-Viertel und wurde im vergangenen Jahr bezogen. Nach der Grundsteinlegung im Sommer 2022 wurde nun die offizielle Einweihung gefeiert.

Hintergrund
Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen unterstützt die wertvolle Arbeit der nordrhein-westfälischen Studierendenwerke im Haushaltsjahr 2025 finanziell mit dem Allgemeinen Landeszuschuss in Höhe von rund 46 Millionen Euro und Investitionszuschüssen in Höhe von rund 4 Millionen Euro. In Krisenzeiten der Corona-Pandemie oder der Energiekrise konnte das Land die Studierendenwerke mit zusätzlichen Finanzmitteln unterstützen.